

Grünes Wachstum? Nein danke!

Werner Onken

Im Frühjahr 2021 hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber zu einer ambitionierteren Klimapolitik aufgefordert. Sonst ließe sich das bei der Pariser Klimakonferenz vereinbarte Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, nicht erreichen. Auch der Weltklimarat IPCC und die UN-Organisation für Meteorologie haben die Politik noch einmal sehr deutlich zu größeren klimapolitischen Anstrengungen aufgefordert. Im Vorfeld der Bundestagswahl vom September 2021 überboten sich die Parteien gegenseitig mit Versprechungen, ihre Anstrengungen beim technologischen Wandel zu mehr Ressourcen- und Energieeffizienz zu verstärken. Doch zeichnete sich nach der Wahl bislang noch keine Klimapolitik ab, die eine Einlösung dieser Versprechungen erwarten lässt. Und auf europäischer Ebene wird nun sogar die Atomenergie als ‚nachhaltig‘ und ‚klimafreundlich‘ deklariert.

Elektromobilität und weitere technologische Innovationen sollen die Wirtschaft möglichst schon bis 2035 „klimaneutral“ machen, ohne dass auf ihr weiteres Wachstum verzichtet werden müsse. Doch wie soll der Anteil der Erneuerbaren Energien in so kurzer Zeit auf 100 Prozent steigen? Und wie soll in einer weiterhin wachsenden Wirtschaft die Ressourcen- und Energieeffizienz im erforderlichen Umfang zunehmen? Schön klingende Zauberformeln wie „Entkoppelung“, „grünes Wachstum“ oder „Green New Deal“ sind in Wirklichkeit ebenso große wie bequeme Selbsttäuschungen und das sog. Geoengineering kann erst recht keine Lösung bringen. Innerhalb eines „green capitalism“ können nachhaltigere Technologien das Klimaproblem nicht lösen - zumindest nicht allein. Auch sie verwandeln Unmengen von Ressourcen und Energie in Müllberge und CO₂. Eine gefährliche Traumtänzerie ist auch der von Parteien jeglicher Couleur gehypte Glaube, dass Wirtschaft und Gesellschaft durch Digitalisierung und Künstliche Intelligenz dematerialisiert und nachhaltig werden könnten. Abgesehen von den mit ihnen verbundenen freiheitsgefährdenden Überwachungsmöglichkeiten sind Digitalisierung und Künstliche Intelligenz letztlich ein gigantisches Förderprogramm für die Macht der großen Digitalkonzerne. Zudem werden für Rechenzentren und Netze sowie Smartphones, PCs, Tablets und andere Endgeräte horrenden Mengen von Ressourcen und Energie verbraucht.

Der moderne Fortschrittsglaube an ein „grünes Wachstum“ und an die Verheißungen von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz ist ein geradezu lebensgefährlicher Irrglaube. Leider hat er die Einsicht in die „Grenzen des Wachstums“ (1972) weitgehend verdrängt, mit der der „Club of Rome“ die Öffentlichkeit vor genau 50 Jahren aufgerüttelt hat. Fünf kostbare Jahrzehnte wurden seitdem mit dem neoliberalen Durchmarsch in einen finanzmarktgetriebenen Turbokapitalismus und mit der naiven Vorstellung vertändelt, dass die Grundstrukturen der monopolistisch vermachteten kapitalistischen Marktwirtschaft nicht geändert werden bräuchten. Auch ohne eine Änderung ihrer Grundstrukturen könne die Wirtschaft allein durch eine sog. ökologische Modernisierung „nachhaltig und klimaneutral“ werden. Jedoch ist die herkömmliche Form der Akkumulation und Konzentration von Geld-, Boden- und Realkapital in sich widersprüchlich, sozial ungerecht und auch umweltzerstörerisch, weil nicht nur erarbeitete Ersparnisse in die Kapitalbildung einfließen, sondern zum viel größeren Teil leistungslose Vermögenseinkünfte. Dieser weder sozial- noch umweltverträgliche Akkumulations- und Konzentrationsmodus hat in den Unternehmen von Anfang an zu einer hierarchischen Über- und Unterordnung von konzentriertem Kapital und unselbstständiger, vom Produktionsmitteleigentum getrennter Lohnarbeit geführt. Zudem ging die Gigantomanie der Unternehmen einher mit der Anwendung von kapitalintensiven, überdimensionierten, natürliche Grenzen sprengenden Technologien. Daran ändern „nachhaltige und klimaneutrale“ Investitionen noch nichts, solange sie in diesem verfehlten Akkumulations- und Konzentrationsmodus steckenbleiben. Sowohl die alten fossilen als auch die neuen „nachhaltigen“ Technologien waren und sind Produkte der falschen ökonomischen Strukturen.

Die soziale Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme und die ökologische Krise sind zwei nicht voneinander zu trennende Seiten einer großen Gesamtkrise. Bei weiterbestehender sozialer Ungleichheit lassen sich Nachhaltigkeit und Klimaneutralität keineswegs nur mit einem systemimmanenten technologischen Wandel erreichen. Vielmehr erfordern sie eine Transformation der kapitalistisch verfälschten, von Monopolen beherrschten Marktwirtschaft in eine dezentralisierte Marktwirtschaft, in der Geld-, Boden- und Realkapitalien in kleineren und mittleren, d.h. auch resilienteren Dimensionen breit gestreut werden.

Um Nachhaltigkeit und Klimaneutralität zu erreichen, braucht es zusätzlich zu einem technologischen Wandel sowohl einen kulturellen Wandel hin zu genügsameren Lebensstilen als auch einen politisch-institutionellen Wandel der Grundstrukturen der Wirtschaft. Dazu gehört ein nicht mehr renditeorientiertes, sondern verteilungsneutrales, gleichmäßig zirkulierendes Geld, das seine die Wirtschaft strukturell dominierende Kraft verliert. Vom Selbstvermehrungs- und Wachstumsdruck befreit, soll es der Wirtschaft nur noch als ein neutrales Tausch- und

Kreditmittel dienen. Nachhaltigkeit und Klimaneutralität erfordern ein neutralisiertes Geld, das die Wirtschaft nicht mehr eigenmächtig beeinflussen und sie nicht mehr zu einem Wachstum mit quantitativ und qualitativ fragwürdigen, überdimensionierten Produktions- und Lieferketten drängen kann. Eine strukturelle Neutralisierung des Geldes und eine fortlaufende exakte Anpassung seiner Menge an das Sozialprodukt würde eine Stabilisierung der Wirtschaft bei einer Nullinflation und bei einem durchschnittlichen Zinsniveau von null ermöglichen – und zwar auch dann, wenn sie nicht mehr ständig durch die Erschließung neuer rentabler Märkte wächst, sondern stagniert oder gar schrumpft.

Außerdem erfordern die Nachhaltigkeit und Klimaneutralität eine Behandlung des Bodens, der Ressourcen und der Atmosphäre, also aller natürlichen Lebensgrundlagen, sowie des Wissens als gemeinschaftliche Menschheitsgüter statt als handelbare Kapitalgüter und Spekulationsobjekte. Ihre private Nutzung muss möglich bleiben – aber nur gegen Entgelte, die der Allgemeinheit wieder zugutekommen. Während die Entgelte für die Nutzung des Bodens für die Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur und anderer öffentlicher Güter verwendet werden könnten, könnten die Entgelte für die Nutzung von Ressourcen und der Atmosphäre von der öffentlichen Hand in gleichen pro-Kopf-Beträgen an alle Menschen zurückverteilt werden. Während eine durchschnittliche Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen dann kostenlos wird, wird ihre übermäßige Nutzung teuer und ein sparsamer Umgang mit ihnen bringt Vorteile. Eine solche Rückverteilung der Ressourcennutzungsentgelte in gleichen pro-Kopf-Beträgen ist auch notwendig, um die mit einem Übergang in eine wirklich nachhaltige Wirtschaft verbundenen sozialen Härten abfedern zu können.

Die Aufgabe, die Menschheit und die Erde vor einer finalen großen Katastrophe zu bewahren, ist sehr viel größer als diejenigen Politiker/innen und Wissenschaftler/innen glauben, die sich von technologischen Heilserwartungen leiten bzw. blenden lassen. Leider wurden die letzten fünf Jahrzehnte nicht für wissenschaftliche Forschungen über eine solche umfassende technologische und vor allem systemische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft genutzt. Die unübersehbar werdenden sozialen Verwerfungen sowie die ebenfalls unübersehbare rasante Zunahme von Naturzerstörungen und extremen Wetterereignissen führen uns allen vor Augen, dass wir – wie die „Fridays for Future“ zu Recht mahnen – keine Zeit mehr zu verlieren haben.

Angesichts der Dringlichkeit einer konsequenten Klimapolitik blieben die Ergebnisse der jüngsten UN-Klimakonferenz im November 2021 in Glasgow ernüchternd. Einmal mehr haben sie die Unmöglichkeit gezeigt, innerhalb der bestehenden ungerechten Strukturen und Interessengegensätze in der kapitalistischen Weltwirtschaft einen für alle Länder dieser Erde gemeinsam gangbaren

Weg in der Klimapolitik zu finden. Auch der Koalitionsvertrag der neuen Ampelkoalition in Deutschland enthält keine Spuren einer Einsicht, dass es zusätzlich zu einem technologischen Wandel einer umfassenden, über die Streichung von fragwürdigen Subventionen hinausgehenden sozialen und ökologischen Transformation der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ bedarf. Es wäre eine folgenschwere Unterlassungssünde, eine solche systemische Transformation nicht durch entsprechende Forschungen auf den Weg zu bringen, damit unsere Kinder und Enkelkinder eine Chance behalten, einem globalen Inferno noch knapp zu entkommen.